

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 139. Ratssitzung vom 11. Januar 2017

2590. 2016/419

Dringliches Postulat der AL-Fraktion vom 30.11.2016: Reduktion der Wahllokale, Erhalt mindestens eines Lokals pro Quartier in den grösseren Stadtkreisen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

Niklaus Scherr (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2464/2016): *Wir haben das Postulat etwas spät eingereicht. Der Stadtrat gab Ende September 2016 bekannt, dass ein regelrechter Kahlschlag bei den Stimmlokalen in der Stadt stattfinden soll. Bei den Abstimmungen im November wurden wir von einer Stimmbürgerin darauf aufmerksam gemacht, weil im Wahllokal Flugblätter mit dem Hinweis auf die Schliessung des Lokals verteilt wurden. Die Medienmitteilung des Stadtratsbeschlusses war im Internet nicht erhältlich. Der Stadtrat schreibt, dass im Durchschnitt 83 % der Personen von der Briefwahl Gebrauch machen. 17% der Personen geben ihre Stimme nach wie vor an der Urne ab. Das ist eine beträchtliche Anzahl. Gesamthaft betrachtet wird ersichtlich, dass bei bestrittenen Abstimmungen mit hin und her schwankender Meinungsbildung oft eher ein hoher Anteil an Last-Minute-Wählenden vorhanden ist, während bei anderen Abstimmungen die Mehrheit von der Briefwahl Gebrauch macht. Bei Abstimmungen, die sehr knapp ausfielen, spielt die Mobilisierung der Abstimmenden in den letzten Wochen vor der Abstimmung eine grosse Rolle. Die Briefwahl ist jeweils nur bis am betreffenden Dienstag möglich. Am 12. Februar 2017 findet die Abstimmung über die Unternehmenssteuerreform III statt. Gemäss der Meinungsumfragen gab es noch nie einen so grossen Teil von Unentschlossenen oder Unsicheren. Es ist mit einem Ziel-Finish zu rechnen. Gerade deshalb ist es ausserordentlich wichtig, die Hürde für die Urnenwahl möglichst tief zu halten. Der Stadtrat schreibt in seiner Medienmitteilung: «Für die Stimmberechtigten ist die briefliche Stimmabgabe in vielerlei Hinsicht vorteilhaft. Sie ist ortsunabhängig, weniger zeitabhängig und portofrei. Allein in der Stadt Zürich gibt es 450 Briefkästen der Post.» Demnächst werden die Poststellen reduziert, möglicherweise auch die Briefkästen. Wenn ein Stimmlokal eine schlechte Frequenz hat, kostet es pro Wählerin und Wähler 5 Franken, während die Briefwahl wohl rund 60 Rappen kostet. Das ist offenbar ein gewichtiges Argument, um massenweise Stimmlokale zu schliessen. Der Stadtrat strebt pro Stadtquartier nur noch ein Stimmlokal an. Für den Kreis 1 gibt es nur noch den Standort am Hauptbahnhof. Dort stehen häufig schon Personen aus anderen Kreisen Schlange. Je nach Abstimmung gibt es Wartezeiten bis zu 55 Minuten. Auch in Bern gab es diese Entwicklung und dort muss man teilweise auch bis zu 45 Minuten Schlange stehen. Diese Situation wollen wir nicht. In einer Demokratie ist es wichtig, dass auch für Menschen, die entweder zu einem späten Zeitpunkt eine Entscheidung fällen oder zu einem späten Zeitpunkt entscheiden, ihre Meinung noch einzubringen, ein möglichst niederschwelliges Angebot vorhanden ist. Wir haben künftig in Zürich eine*

etwas uneinheitliche Situation. In grösseren Quartieren werden bis zu zwei Lokale aufrechterhalten. Offenbar gibt es Stadtkreise wie etwa der Zürichberg, die mehr Möglichkeiten haben sollen. Es gibt willkürliche Kriterien. Unser Vorschlag zielt darauf ab, dass pro Stadtkreis mindestens 1 Lokal pro Quartier vorhanden sein sollte. Den Textänderungsvorschlag der SVP nehmen wir zustimmend entgegen. Er lautet, dass pro Stadtquartier 1 Lokal an einem gut erreichbaren Ort vorhanden sein soll. Die Briefwahl ist eine wichtige Errungenschaft. Wir bewegen uns aber bereits in die Richtung der elektronischen Stimmabgabe. Einige Leute stimmen vielleicht lieber mit einem Klick ab, andere ziehen die Briefwahl vor. Beim Unterschriftensammeln stelle ich jeweils fest, dass interessanterweise vor allem jüngere Leute vermehrt die Urnenwahl bevorzugen, oft auch Familien mit Kindern. Sie kommen oft kurz vor der Urnenschliessung. Manchmal entwickeln sich angeregte Diskussionen unter diesen Leuten oder sie verbinden die Stimmabgabe mit einem Brunch. Sie haben vielleicht noch eine andere Vorstellung von Demokratie. Wir bewegen uns in einer Facebook-/Twitterwelt mit Likes. Die direkte Demokratie ist aber keine Facebook-Veranstaltung, wo man auf einen Button klickt und ein Like vergibt. Man überlegt es sich gut. Wenn man zu einem Entschluss kommt, entscheidet man sich, aktiv teilzunehmen, indem man an die Urne geht. Das Wahllokal ist ein letzter Rest von demokratischer Öffentlichkeit. In jeder Gemeinde gibt es eine Gemeindeversammlung, bei derer sich die Menschen versammeln, um dort über ihre Gemeindeangelegenheiten zu bestimmen. In unserer Stadt ist dies an den Gemeinderat delegiert. Bei einer Volksabstimmung sollen mindestens diejenigen, die noch ein Stück sichtbare Demokratie wollen, die vielleicht auch noch mit anderen ins Gespräch kommen wollen, auf diese Weise abstimmen dürfen. Das Teuerste an einer Abstimmung ist übrigens das Auszählen. Ein Wahllokal zu betreiben, kostet nach Auskunft der Stadtkanzlei pro Sonntag 380 Franken. Dies setzt sich zusammen aus 360 Franken für die Personen hinter der Urne und aus 20 Franken für den Taxitransport, mit dem die Urne an das zentrale Auszählbüro chauffiert wird. Wenn die Technokraten in der Stadtkanzlei der Meinung sind, man müsse im nationalen Wettbewerb, bis die Ergebnisse von Zürich vorliegen, noch 10 Minuten früher sein, weil man die Urnen nicht noch mit dem Taxi ins Auszähllokal bringen muss, ist ihnen nicht mehr zu helfen. Das ist eine schäbige Vorstellung von Demokratie.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Beschluss wurde am 28. September 2016 mit einer Medienmitteilung kommuniziert. Das Postulat der AL kam zwei Monate später. Die Änderung wurde bereits eingeführt und tritt per 1. Januar 2017 in Kraft, damit sie bei den Wahlen und Abstimmung am 12. Februar 2017 zum ersten Mal umgesetzt werden kann. Am 27. November 2016 haben wir in den Wahlbüros breit darüber informiert und die Reaktionen der Leute eingeholt. Sie äusserten teilweise Enttäuschung, zeigten aber auch Verständnis. Das Medienecho und die Anzahl der kritischen Zuschriften hielten sich durchaus im Rahmen. Würden wir die per 1.1.2017 in Kraft getretene Änderung nun für die Wahlen und Abstimmungen am 12. Februar noch ändern, würde dies zu breiter Irritation führen. Der Stadtrat hat den Entscheid breit abgewogen. Die Argumente von Niklaus Scherr (AL) waren Bestandteil der Diskussion im Stadtrat. Wichtig war, dass die Welt sich ver-*

ändert und sich das Verhalten der Leute ändert. Auch Social Media ist eine Tatsache. Die briefliche Stimmabgabe liegt bei rund 85 %. Das bedeutet, dass sehr viele Leute diese Form der Stimmabgabe in Anspruch nehmen. Das ist auch Demokratie. Eine Stimme, die im Briefkasten abgegeben wird, ist nicht weniger wert. Man kann Demokratie nicht nur an jenen festmachen, die am Sonntag eine halbe Stunde vor Urnenschluss abstimmen gehen. Die Frequenzen in den Stimmlokalen sind teilweise niedrig. Das hat mit der veränderten Nachfrage zu tun. Wir haben am 27. November 2016 bei der Information vor Ort mit den Leuten das Gespräch gesucht. Viele sagten uns, dass sie nur ausnahmsweise an die Urne gingen, so etwa, weil sie es vergessen hätten. Leute, die im Sinne eines Rituals an die Urne gehen, stellen eine kleine Minderheit dar. Dort haben wir auch Verständnis für entsprechende Enttäuschung. Künftig wird mindestens 1 Stimmlokal in jedem der neun städtischen Wahlkreise angeboten werden. Wir haben diese anhand von Kriterien ausgewählt, beispielsweise anhand von Frequenzen oder anhand der Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Die soziodemographische Zusammensetzung eines Quartiers hat dabei keine Rolle gespielt. Das Stimmlokal im Hauptbahnhof wird auch künftig den Stimmenden aller Wahlkreise zur Verfügung stehen. Wenn sich Schlangen bilden, bedeutet das, dass die Leute abstimmen gehen. Das ist aus meiner Sicht erfreulich. Der grosse Andrang wird zudem gut gehandhabt. Es wird sichergestellt, dass jemand, der sich zum Zeitpunkt des Urnenschlusses vor Ort einfindet, seine Stimme abgeben kann, auch wenn es erst 45 Minuten später möglich ist. Ein wichtiges Argument für den Stadtrat war auch der Vergleich mit anderen Städten. Sie haben teilweise deutlich weniger Stimmlokale, als es künftig bei uns sein werden. Bern verfügt über 6 Stimmlokale, in Basel sind es 3, in Luzern und in St. Gallen jeweils 1 Stimmlokal. Im Vergleich dazu werden wir auch mit der neuen Ausgestaltung über ein sehr gutes Angebot verfügen. Zum Stichwort Demokratieabbau: Demokratieabbau findet dann statt, wenn Personen, die abstimmen möchten, nicht oder nicht mehr abstimmen können, oder wenn man einen Rückgang der Stimmbeteiligung feststellen würde. Keine der Städte, die ihre Anzahl Stimmlokale markant reduziert haben, verzeichnet einen Rückgang der Stimmbeteiligung. Wir werden aufmerksam im Auge behalten, wie das neue Modell funktioniert. Wir werden es durchaus auch kritisch betrachten und allenfalls Anpassungen vornehmen. Es wurde nun aber suggeriert, dass es der Bevölkerung durch die Reduktion der Stimmlokale verunmöglicht wird, abzustimmen und dass die Demokratie geschädigt wird. Das ist nicht wahr. Es sind weiterhin Stimmlokale vorhanden. Alle, die stimmen gehen wollen, können diese Möglichkeit weiterhin wahrnehmen. Teilweise kommt es sogar einem Ausbau gleich, da wir zwei Standorte haben werden, bei denen man von allen Quartieren Stimmen abgeben kann. Die sichtbare Demokratie ist und bleibt uns ein grosses Anliegen. Vor diesem Hintergrund beantragt der Stadtrat die Ablehnung des Postulats.

Dr. Daniel Regli (SVP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir schliessen uns der AL an, denn sie thematisiert etwas, was aus unserer Sicht richtig ist. Wir würden den Begriff des Demokratieabbaus nicht direkt verwenden. Man kann sich aber fragen, warum die Urnenlokale, wenn die Kosten dafür relativ niedrig sind, reduziert werden sollen. Sie stellen ein Sichtbarmachen von gelebter Demokratie dar. In den Wahllokalen finden politische Diskussionen unter Gruppierungen statt, die vielleicht anschliessend noch gemein-

sam in ein Restaurant gehen. Wir möchten diese Form von gelebter Demokratie in den Quartieren aufrechterhalten. Diese Anlässe bieten auch eine gute Gelegenheit, Unterschriften zu sammeln, da dabei einerseits Unterschriftsberechtigte und andererseits politisch Interessierte vor Ort sind. Wir möchten nicht nur in den grösseren Stadtkreisen in jedem Quartier Wahllokale aufrechterhalten und schlagen eine kleine Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die auf den 1.1.2017 geplante massive Reduktion der Wahllokale korrigiert werden kann, indem in allen Quartieren mindestens ein Lokal an einem gut erreichbaren Ort beibehalten wird.» Wenn die Kosten niedrig sind, um die dezentralen Wahllokale in allen Quartieren aufrechtzuerhalten, und wenn es demokratiefördernd ist, sollte man die Wahllokale beibehalten. Die Möglichkeit, abstimmen zu gehen, sich zu treffen, sollte in allen Quartieren aufrechterhalten bleiben.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Ich hatte Kenntnis von der Änderung und ging am 27. November ganz bewusst ein letztes Mal vor Ort abstimmen. Die SP-Fraktion hat entschieden, dem Postulat zuzustimmen. Wir sind nicht dagegen, dass man Anpassungen an neue Realitäten vornimmt. Wir unterstützen damit das Vorgehen des Stadtrats im Grundsatz. Wir sehen auch den Demokratieabbau nicht in dem Ausmass, wie die AL oder die SVP dies nun in ihren Voten äusseren. Das Postulat ist unserer Ansicht nach eine leise Korrektur an der stadträtlichen Absicht. Wir würden es auch mit der Textänderung der SVP annehmen. Wir erwarten nicht, dass man den Entscheid einfach mit einem Schlag rückgängig machen kann, aber mit Sicherheit sollten die Nutzung der Wahllokale und die Entwicklung der brieflichen Stimmabgabe beobachtet und ausgewertet werden. In diesem Sinne kann man das Postulat umsetzen. Danach kann man festlegen, ob einzelne Wahllokale dort, wo es Sinn macht, wieder geöffnet werden sollen. Dem Grundsatz, dass man sie noch besser auf die Stadt verteilen sollte, können wir uns anschliessen. Hinsichtlich der Forderung, dass jedes Quartier über ein Stimmlokal verfügen muss, sprechen wir uns für einen gewissen Spielraum in der Auslegung aus. Man hätte am Ende immer noch eine substanzielle Reduktion der Wahllokale. Die SP verschliesst sich nicht einer gewissen Anpassung im Sinne davon, dass Zürich eine Stadt der kurzen Wege sein soll. Wir möchten ausserdem daran erinnern, dass als weitere Möglichkeit der persönlichen Stimmabgabe jeweils während der gesamten Woche vor einem Abstimmungsdatum auch die Urnen in den Kreisbüros zur Verfügung stehen. Wenn wir das Postulat so verstehen, wie es die Diskussion zur Geltung bringt, ist die SP der Meinung, dass man ihm aus demokratiepolitischen Erwägungen durchaus zustimmen kann.

Markus Kunz (Grüne): Auch die Grüne Fraktion hat die Nachricht über die Änderung verschlafen. Wir unterstützen das Postulat. Die Argumente wurden im Wesentlichen bereits genannt. Insbesondere im Hinblick auf den älteren Teil der Bevölkerung möchte ich darauf hinweisen, dass es Menschen gibt, die die neuen Mittel weniger anwenden und dass es auch Personen gibt, die weniger mobil sind. Zudem verfolgen wir das Thema Diversity auch bei der Wahl der Abstimmungsmittel. Der Stadtrat wird die Massnahme evaluieren. Wenn die Evaluation so weit geht, dass man die Änderung per Februar 2018 allenfalls auch wieder aufhebt und sich in Richtung des Postulats bewegt, würden wir das sehr begrüessen. Wir unterstützen auch den Textänderungsantrag.

Karin Weyermann (CVP): Wir haben die Medienmitteilung rechtzeitig gelesen und zur Kenntnis genommen. Wir werden das Postulat ablehnen. Die Argumente des Stadtrats können wir nachvollziehen. Gerade Personen mit Gehbehinderungen stimmen vermutlich eher brieflich ab, da es einfacher ist, einen Briefkasten als ein Urnenlokal in der Nähe zu finden. Wir sind überzeugt, dass es Urnenlokale braucht. Doch sie verlieren an Bedeutung. Immer mehr Personen stimmen brieflich ab. Wir glauben auch, dass sich die Leute durchaus auf die neuen Gegebenheiten einstellen können. Es ist auch eine Frage der Planung. Wenn man weiss, dass es ein Stimmlokal nicht mehr gibt und an eine Urne gehen will, wird man den Zusatzweg auf sich nehmen und sich an einen anderen Urnenstandort begeben. Einige Personen werden sich allenfalls auch etwas früher als sonst mit den Themen befassen und dann brieflich abstimmen. Es wird nicht viele Personen geben, die aufgrund der Schliessung ihres Stimmlokals darauf verzichten, ihre Teilnahme am politischen Leben wahrzunehmen.

Roger Liebi (SVP): Wir haben nun am selben Abend über einen Ausbau des Tanzes und einen Abbau der Wahllokale gesprochen. Die Gewichtung des Tanzes ist offenbar wichtiger als die demokratischen Möglichkeiten und die politischen Mitwirkungsrechte in der Stadt. Für den Tanz geben wir Millionen von Franken aus. Gleichzeitig werden die vielen Wahllokale für zu teuer gehalten. Man sollte sich gut überlegen, welche Signale man damit aussendet. Man hätte anfügen können, dass der Abbau von Wahllokalen durchaus eine hochsensible politische Frage ist, man hätte wenigstens eine Vernehmlassung machen können. Die meisten Parteien hatten nicht einmal Kenntnis von der Änderung. Es wurde handstreichartig ein Abbau der Wahllokale beschlossen. Die Vergleiche zu Bern und St. Gallen sind für mich nicht relevant. Tatsache ist, dass bei uns Wahllokale abgebaut werden. Das passt nicht ins System. Immerhin gibt es noch einige Parteien, die alle Wähler mitvertreten. In solchen politischen Grundsatzfragen sollte man die Parteien einbeziehen. Nun muss der Stadtrat nochmals über die Bücher. Er sollte hier so rasch wie möglich handeln, um den Fehlentscheid korrigieren zu können.

Andreas Kirstein (AL): Bei den soeben erfolgten Aussagen der Stadtpräsidentin hatte ich trotz vieler nachvollziehbarer Argumente den Eindruck, dass ein wesentlicher Aspekt nicht aufgenommen wurde. Wahlen und Abstimmungen sind unter anderem ein technischer Vorgang, den es möglichst effizient abzuwickeln gilt. Am effizientesten wäre wohl tatsächlich E-Voting. Umfragen zeigen, dass in vielen Bevölkerungsschichten ein grosses Misstrauen gegen diese Art von Effizienzsteigerung besteht. Es geht um Nachvollziehbarkeit bei E-Votings. Es gilt aber bei Abstimmungen und Wahlen auch einen zweiten Aspekt zu berücksichtigen, nämlich denjenigen des Rituals. Unsere Demokratie lebt auch von Ritualen, Traditionen und deren Vermittlung. Es ist in dieser Hinsicht schön, wenn man am Wochenende mit den Kindern in ihrem Schulhaus offiziell zur Wahl oder Abstimmung schreiten kann und dort mit allen Sinnen etwas erfahrbar wird, was den Kindern ansonsten verborgen bliebe. Diese Erfahrung wäre beim E-Voting für die Kinder einfach ein weiteres App oder Game. Das ist anders, als wenn man sieht, wie Leute auf Urnen zugehen und ihre Meinung kundtun. Zu Recht wurde darauf hingewiesen, auch Diversity-Gesichtspunkte und ältere Leute zu berücksichtigen. Es geht aber auch um

jüngere Leute. Ich sehe oft jüngere Personen an den Urnen. Sie gehen nicht so geregelt und geplant an das Leben heran, sondern stehen vielleicht an einem Sonntag spontan etwas später auf und schreiten auch noch zur Wahl. Auch diese Stimmen möchte ich dabei haben. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Diskussion über Demokratie, Eliten und Vorstellungen, dass sich die demokratisch gewählten Eliten immer weiter vom Volk entfernen, ist es wichtig, dass wir Zeichen setzen, um diesen Entwicklungen etwas entgegenzuhalten. Effizienzgesichtspunkte allein dürfen hier nicht den Lead übernehmen.

Simon Kälin (Grüne): *Ich ging an den Wahl- und Abstimmungssonntagen regelmässig an die Wahlurne im Schulhaus Entlisberg und führte dabei stets sehr gute und interessante Gespräche, sei es beim Unterschriftensammeln oder auch mit dem Team des Wahllokals, das im Übrigen seine Arbeit sehr gut ausführte. Ich finde es sehr bedauerlich, dass der Stadtrat diese Massnahme beschloss. Sie wird uns als Sparprogramm verkauft, wobei das Sparpotenzial vernachlässigbar klein ist. Die Argumentation ist nicht konsistent. Es erinnert an einen Schulbürgerstreik. Man tut niemandem einen Gefallen damit. Es ist ein Abbau der Demokratie, wenn man die Geografie der Stadt betrachtet. Der Wahlkreis 2 umfasst die Quartiere Leimbach, Wollishofen und Enge. Künftig muss die Bevölkerung von Leimbach und Wollishofen zur Abstimmung in die Enge fahren. Es ist unverständlich, dass man ältere Leute dazu nötigt, an einem Sonntag diesen Weg auf sich zu nehmen. Im Schulhaus Entlisberg gab es bisher eine rege Beteiligung. Es waren regelmässig über 150 bis 200 Personen, die noch im letzten Moment an die Urne gingen. Wenn es künftig deutlich weniger Wahl- und Abstimmungslokale geben soll, erschwert dies auch die demokratische Basisarbeit, nämlich die Kommunikation über wichtige Initiativen, über Petitionen, das Unterschriftensammeln. Wenn sich nun alle Unterschriftensammler nur noch vor einem einzigen Stimmlokal pro Kreis besammeln, kann sich der Wählende durch diese Horde von Personen etwas bedroht fühlen. Auch in der hektischen Atmosphäre des Hauptbahnhofs ist es nicht so einfach möglich, mit Bürgerinnen und Bürgern gute Gespräche zu führen. Es ist eine schöne demokratische Tradition, die wir über lange Zeit hinweg gepflegt haben. Ich würde es begrüessen, wenn wir diese Tradition weiterführen könnten. Man mag uns vorwerfen, dass der Zeitpunkt dieses Vorstosses nicht optimal war. Die Prozesse in der Politik gehen nicht immer optimal auf, nicht jeder Vorstoss hat höchste Priorität. Manchmal dauert es etwas länger, bis eine Idee entwickelt und eingereicht wird. Zwei Monate mehr oder weniger sollten angesichts des historischen Hintergrunds des Themas kein wesentliches Argument sein. Der Zugang zur direkten Demokratie muss möglichst niederschwellig funktionieren. Man muss mehr Orte anbieten, als man aufgrund von mathematischen Überlegungen ableiten könnte. Auch weniger mobile oder sehbehinderte Personen müssen möglichst einfach und nah bei ihrem Wohnort das demokratische Recht ausüben können. Vor diesem Hintergrund sprechen viele Argumente dafür, dass die Änderung der falsche Weg ist und eine Korrektur wünschenswert wäre.*

Matthias Wiesmann (GLP): *Es entsteht nun der Eindruck, als würden wir die Demokratie in der Stadt mit dem heutigen Tag beerdigen. Wir hatten zuvor ein sehr hohes Niveau an Dichte an Wahllokalen. Auch nach dem Abbau ist das Niveau immer noch hoch. Man*

kann immer noch an die Wahlurne gehen, womöglich muss man mit dem Tram drei Stationen weiter fahren. Geht man an die Urne, muss man so oder so das Haus verlassen. Selbstverständlich eignen sich die Wahllokale gut, um Unterschriften zu sammeln. Das kann man auch beibehalten. Das Argument, alte und behinderte Personen könnten nicht mehr so gut abstimmen, ist wichtig und muss geprüft werden. Genau dafür wurde zum bestehenden dichten Netz auch die Briefwahl eingeführt. Somit hat man eigentlich zuerst einen sehr grossen Ausbau gemacht, um den Personen mehr Möglichkeiten zu geben. Im Zuge dieses Ausbaus, der sehr gut genutzt wird, kann man die Wahllokale nach Möglichkeit noch leicht reduzieren. Basel kommt mit drei Wahllokalen aus. Meines Wissens funktioniert dies problemlos. Wenn nun der Aufschrei nach dem 12. Februar 2017 riesig wäre und man grosse Unterschiede feststellen würde, kann man es dann immer noch überprüfen. Wir erachten es nicht als dringend nötig, dass man den Entscheid nun umgehend nochmals überprüft, sondern sind dafür, dass man ihn so umsetzt wie vom Stadtrat beschlossen.

Michael Schmid (FDP): *Die FDP teilt die staatspolitischen Ausführungen bezüglich der Möglichkeit, dass man auch an der Urne abstimmen und wählen kann. Wenn es dem Stadtrat darum gegangen wäre, diese Möglichkeit vollständig abzuschaffen, hätten wir in den Widerstand eingestimmt. Wir sind aber der Meinung, dass der Stadtrat bei seiner Abwägung durchaus sensibel gegenüber den nun vorgetragenen Überlegungen vorging. Vor diesem Hintergrund lehnen wir das Postulat ab. Mit Blick auf den 12. Februar 2017, wie dies Matthias Wiesmann (GLP) ausgeführt hat, ist es aber auch nicht ganz falsch, wenn man nochmals über die Bücher geht. Sollte das Postulat angenommen werden, macht uns dies somit nicht allzu unglücklich.*

Niklaus Scherr (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die auf den 1.1.2017 geplante massive Reduktion der Wahllokale korrigiert werden kann, indem in ~~den grösseren Stadtkreisen~~ allen Quartieren mindestens ein Lokal ~~pro Quartier~~ an einem gut erreichbaren Ort beibehalten wird.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat